

Bezirksamtsvorlage Nr. 1217
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 05.05.2026

1. Gegenstand der Vorlage:

Männer sind Teil der Lösung! Mehr Präventionsmaßnahmen gegen
Frauenfeindlichkeit im Bezirk

2. Berichtersteller/in:

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt:

Die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft Männer sind Teil der Lösung!
Mehr Präventionsmaßnahmen gegen Frauenfeindlichkeit im Bezirk als Schlussbericht

II. Bei der Bezirksverordnetenversammlung ist die beigefügte Vorlage zur
Kenntnisnahme einzubringen.

III. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich
Bezirksbürgermeister beauftragt.

IV. Veröffentlichung: ja

V. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

a) Personalrat:

b) Frauenvertretung:

c) Schwerbehindertenvertretung:

d) Jugend- und Auszubildendenvertretung:

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die
Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu
entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

Keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

Keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

Keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

Keine

9. Beteiligungsrelevante Auswirkungen:

Keine

10. Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Keine

11. Mitzeichnung(en):

Keine

Für die Leitung der Abteilung
Carsten Spallek

Vorlage -zur Kenntnisnahme- über Männer sind Teil der Lösung! Mehr Präventionsmaßnahmen gegen Frauenfeindlichkeit im Bezirk

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 18.12.2025 folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 2247/VI)

Das Bezirksamt wird ersucht, verstärkt Maßnahmen zur Prävention von Frauenfeindlichkeit und Gewalt gegen Frauen umzusetzen, die Männer aktiv einbinden. Die Adressaten der Präventionsmaßnahmen sollen vorwiegend Männer in allen Altersgruppen sein. Viele Männer schaffen bereits Räume und können noch mehr Räume schaffen, wo Frauenfeindlichkeit keinen Platz hat.

Ziele der Präventionsmaßnahmen sollen sein,

- dass mehr Männer sich ermutigt fühlen, sich aktiv gegen Frauenfeindlichkeit einzusetzen, indem sie in entsprechenden Situationen (von abwertenden Kommentaren bis hin zu gewalttätigen Taten) intervenieren und Zivilcourage zeigen
- zu verhindern, dass Männer selbst zu Tätern werden.

Die Präventionsmaßnahmen können umfassen:

- Kampagnen im öffentlichen Raum (Straßen, ÖPNV...)
- aufsuchende Aufklärungsarbeit, bei dem der Austausch mit Männern proaktiv gesucht wird.
- mehrtägige Workshopreihen in Schulen sowie in Familien- und Stadtteilzentren

Die Präventionsmaßnahmen sollten zudem:

- wenn möglich wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden
- positive männliche Vorbilder einbinden und sichtbar machen
- Männern die Möglichkeit geben, sich kritisch mit Vorstellungen von Männlichkeit(en) auseinanderzusetzen, über den Umgang mit Gefühlen zu sprechen und gewaltfreie Handlungsoptionen zu erfahren
- für Gewalt gegen Frauen sensibilisieren, Empathie für die Opfer und Zivilcourage fördern

Für die Finanzierung sollen möglichst Landes-, Bundes- oder EU-Gelder in Anspruch genommen werden. Die Finanzierung der Präventionsmaßnahmen dürfen in keinem Fall auf Kosten von Projekten gehen, die explizit Frauen unterstützen.

Das Bezirksamt hat am 05.05.2026 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nach-folgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Hintergrund

Frauenfeindlichkeit, Antifeminismus und geschlechtsspezifische Gewalt sind Ausdruck struktureller Ungleichheit und demokratiegefährdender Einstellungen. Empirische Daten zur Kriminalitäts- und Gewaltverteilung zeigen, dass Männer in vielen schweren Deliktbereichen, etwa bei sexualisierter Gewalt, Gewalt gegen Kinder, schwerer Körperverletzung und Tötungsdelikten überproportional vertreten sind. Dies macht ein strukturelles Problem sichtbar, das präventiv und politisch bearbeitet werden muss, ohne einzelne Männer pauschal zu verurteilen.

Männliche Gewalt kann nicht als rein individuelles Fehlverhalten versanden werden, sondern als Ausdruck sozial erlernter Geschlechternormen, asymmetrischer Machtverhältnisse und fehlender präventiver Gegensteuerung. Die Bundesstiftung Gleichstellung verweist in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf, dass Prävention im Geschlechterverhältnis auch die aktive Beteiligung von Männern und Jungen einschließen muss (Bundesstiftung Gleichstellung 2023). Die Leipziger Autoritarismus-Studie zeigt zudem, dass antifeministische und sexistische Einstellungen weit verbreitet sind und häufig mit autoritären sowie demokratiefeindlichen Haltungen einhergehen. Antifeminismus kann dabei als Brücke in extrem rechte Weltbilder wirken und stellt somit auch eine Herausforderung für die demokratische Kultur dar (Leipziger Autoritarismus-Studie, 2024). Problematische Einstellungen zeigen sich auch in der Akzeptanz von Gewalt: Ein erheblicher Anteil der Männer relativiert Gewalt in Partnerschaften oder hält sie situativ für legitim. Gleichzeitig bestehen widersprüchliche und von Doppelmoral geprägte Einstellungen zu Sexualität und zum Verhalten von Frauen.

Besonders im Jugendalter zeigen sich diese Dynamiken deutlich: Misogynie steht in einem engen Zusammenhang mit tradierten, autoritären Männlichkeitsbildern. Während Mädchen und junge Frauen alltäglich Abwertung und Diskriminierung erleben, stehen Jungen unter dem Druck, Dominanz, emotionale Härte und Überlegenheit zu verkörpern. Diese normativen Erwartungen fördern abwertendes Verhalten gegenüber Frauen und schränken zugleich die emotionale Entwicklung von Jungen ein (Toxic Gender, medienprojekt-wuppertal, 2025). Diese Entwicklungen werden durch soziale Medien erheblich verstärkt. Studien des Internationalen Zentralinstituts für das Jugend- und Bildungsfernsehen (IZI) und der MaLisa Stiftung zeigen, dass sie für rund 90 % der Jugendlichen zentrale Orientierungsräume sind. 42 % der Jungen vertreten Einstellungen, die Männern mehr Rechte zuschreiben als Frauen. Algorithmen begünstigen zudem die Verbreitung antifeministischer und teils rechtsextremer Inhalte („Manosphere“), wobei etwa ein Viertel der Jungen ein Weltbild aufweist, das von männlicher Dominanz, Ablehnung von Vielfalt und demokratiekritischen Einstellungen geprägt ist. Diese Inhalte knüpfen häufig an emotionale Verunsicherungen an (Studie: Soziale Medien, Geschlechterbilder und Werte, 2025). Auch die Studie „Spannungsfeld Männlichkeit“ (Plan International, 2023) kommt zu dem Ergebnis, dass traditionelle Rollenbilder weiterhin verbreitet sind und Gleichberechtigung aus Sicht vieler junger Männer nicht erreicht ist.

Prävention

Vor diesem Hintergrund ist frühzeitige, lebensweltnahe Prävention zentral. Verschiedene Forschungsprojekte (u. a. Bundesstiftung Gleichstellung; Deutsches Jugendinstitut; WHO; UN Women; European Institute for Gender Equality) kommen zu dem Ergebnis, dass Maßnahmen dann besonders wirksam sind, wenn sie Normen, Einstellungen und Verhaltensmuster adressieren. Geschlechterreflektierte Jungenarbeit, sexualpädagogische Ansätze, Gewaltprävention und diversitätssensible Bildung können dazu beitragen, gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen zu hinterfragen und alternative Handlungsweisen zu stärken.

Ein zentraler Ansatz ist die kritische Auseinandersetzung mit Männlichkeitsbildern, da dominante und emotional restriktive Normen sowohl Gewalt begünstigen als auch Zivilcourage hemmen können. Als wirksam gelten insbesondere niedrighschwellige, dialogorientierte Formate wie aufsuchende Bildungsarbeit, Kampagnen im öffentlichen Raum sowie Workshops in Schulen, Familien- und Stadtteilzentren. Diese fördern neben Wissen auch Reflexion, Empathie und konkrete Handlungskompetenzen, insbesondere Zivilcourage im Umgang mit Grenzverletzungen und Gewalt.

Zugleich ist es entscheidend, Männer nicht nur als Risikogruppe, sondern als Verbündete anzusprechen. Prävention wird besonders wirksam, wenn Männer Verantwortung im eigenen Umfeld übernehmen und frauenfeindlichen Äußerungen aktiv widersprechen. Positive männliche Vorbilder können dabei unterstützend wirken.

Für den Bezirk würde dies bedeuten, geschlechtersensible Bildungs- und Präventionsangebote auf- und auszubauen, insbesondere in Jugendfreizeiteinrichtungen, Kitas und weiteren Einrichtungen wie z.B. Familienzentren, sowie Väterarbeit und Erziehungskompetenzen zu stärken. Im Gesundheitsbereich könnten besonders Familien in Geschlechterfragen unterstützt und informiert werden.

Prüfung von Finanzierungsmöglichkeiten

Im Rahmen der Umsetzung des Beschlusses hat das Gleichstellungsbüro des Bezirksamts Mitte die Einwerbung möglicher Fördermittel auf Landes-, Bundes- sowie EU-Ebene umfassend geprüft und entsprechende Gespräche sowie fachliche Einschätzungen relevanter Akteur*innen eingeholt.

Im Austausch mit dem **Träger BIG e.V. - Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen e.V.** wurde die Möglichkeit einer gemeinsamen Antragstellung im Rahmen des EU-Programms CERV erörtert. Dabei wurde deutlich, dass eine Antragstellung mit erheblichen fachlichen, strukturellen und finanziellen Anforderungen verbunden ist. Nach Einschätzung von BIG e.V. ist davon auszugehen, dass ein Mindestantragsvolumen von etwa 100.000 Euro erforderlich ist, wobei eine Co-Finanzierung in Höhe von 10 Prozent durch die Projektpartner aufzubringen

wäre. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass „die Aktivitäten [...] nicht lokal begrenzt sein [sollen]“ und „die Projektergebnisse [...] auch für andere europäische Staaten relevant sein [müssen], d.h. es müsste einen modellhaften, übertragbaren Charakter haben.“ Darüber hinaus erfordert die Antragstellung die Bildung eines Projektkonsortiums sowie die Entwicklung gemeinsamer, abgestimmter Maßnahmen. Auch Aspekte wie Nachhaltigkeit und das Anstoßen systemischer Veränderungen sind zentrale Bewertungskriterien. Ein möglicher Projektbeginn wurde frühestens für Mitte März 2027 in Aussicht gestellt. BIG e.V. wies zudem darauf hin, dass vor Veröffentlichung des konkreten Förderaufrufs keine abschließende Entscheidung über eine Beteiligung getroffen werden kann.

Seitens der EU-Beauftragten des Bezirksamtes wurde ergänzend eingeschätzt, dass aktuell keine geeigneten, zeitnahen EU-Förderaufrufe bestehen. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass „bei den großen EU-Projekten das BA Mitte aktuell nicht geeignet ist, da wir die Co-Finanzierung und das Personal für die Beantragung nicht haben.“

Anfragen auf Bundes- sowie Landesebene haben keine Möglichkeiten einer Förderung aufgezeigt. Auf Basis der Prüfung von Finanzierungsmöglichkeiten und der erhaltenen Rückmeldungen von möglichen Trägern bleibt abschließend festzuhalten, dass eine Finanzierung derzeit nicht möglich ist.

A) Rechtsgrundlage:

§13 i.V.m §36 Bezirksverwaltungsgesetz

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Keine

Berlin, den 05.05.2026

Bezirksbürgermeisterin
Stefanie Remlinger